

UGANDA

LUKAS LAIBLE
MATHIAS KAMP

Oktober 2017

www.kas.de/uganda

Ein Land in Stagnation: Ökonomische und politische Entwicklungshemmnisse im Südsudan

Menschen tanzen auf den Straßen. Freude-trunken liegen sich die Südsudanesen an diesem 09. Juli 2011 in Juba in den Armen. Es ist der Tag, der ein Wendepunkt der langen und blutigen Geschichte des Landes werden soll. Der Tag, an dem Kriege und das Streben nach Unabhängigkeit endlich der Vergangenheit angehören, der Südsudan zu einem unabhängigen und souveränen Staat werden soll. All die Hoffnungen sind an diesem Tag zu spüren. Die Menschen sehnen sich nach einer friedlichen und besseren Zukunft.

Es ist ein kurzer Augenblick in einer kurzen Phase des tatsächlichen Friedens. Die Jahre zuvor waren geprägt von Kriegen und Auseinandersetzungen. Die Hoffnungen jener Tage werden durch die kommenden Jahre jedoch wieder zunichte gemacht. Um den Südsudan in seiner heutigen Lage zu verstehen, bedarf es eines Blickes in die Geschichte dieses Staates in Ostafrika. Eine retrospektive Betrachtung liefert Erklärungen für die Lage, in der sich der Südsudan heute befindet. Durch diese thematische Hinführungen werden auch die dann ausgeführten politischen wie ökonomischen Entwicklungshemmnisse in einen verständlichen Kontext gestellt.

Entstehung des Südsudans

Identitätsstiftende-historische Verbindungen sind meist Ankerpunkte eines jeden nationalistischen Gemeinschaftsgefühls. Blickt man auf die Geschichte des Südsudans, besser gesagt das Gebiet des heutigen Südsudans, so fehlt dieser Fixpunkt. Eingeklemt zwischen Anrainergroßmächten, bildete sich ein Territorium, welches heute Großteils den Südsudan darstellt. Diese Einkesselung, eine solche natürliche geographische Situation, kann als erste Territoriums-

abgrenzung des Gebiets gesehen werden, nicht jedoch als einheitliches Gebiet, sondern vielmehr als Teilgebiete. Welche keine Mitgliedschaft zu den umliegenden Mächten aufweisen konnten. In den 1920er-Jahren brach über dem Gebiet die Kolonialisierung herein. Der Sudan, auch der heutige Norden, wurde von einer englisch-ägyptischen Besatzungsmacht eingenommen und unter Kontrolle gestellt. Möchte man eine frühe Erklärung für die Abspaltung 100 Jahre später finden, muss hier angesetzt werden. Die Kolonialherren entschieden, ihren Entwicklungsfokus auf den Norden des Sudans zu legen. Besonders in die Produktion von Baumwolle wurde investiert und wirtschaftliche Progression geschaffen. Der Süden wurde hingegen nahezu komplett ignoriert und partizipierte kaum an der wirtschaftlichen Entwicklung. Da auch in gesellschaftlich-politischen Bereichen der Nordsudan bevorzugt wurde, bildete sich eine Trenn- und Konfliktlinie zwischen dem Norden und dem Süden heraus. Diese Unterschiede fanden auch Einfluss in die Sprachentwicklung. War im Norden Arabisch Amtssprache, sprachen die Menschen im Süden der Kolonie Englisch. Ein Zustand, der bis heute Bestand hat. Mit dem Ende des Kolonialismus sollten erstmals den südsudanesischen Abspaltungstendenzen Rechnung getragen werden. Auf der Juba-Konferenz sollte der Süden und der Norden in die jeweilige separate Unabhängigkeit entlassen werden. Doch wieder einmal setzte sich der dominante Norden durch und erzwang die Eingliederung des Südens in den Norden (Metz 1991: S.1). Auch innerhalb der neuen Grenzen wiederfuhr dem Südsudan permanente Unterdrückung. Beispielgebend hierfür ist, dass es den Menschen im Süden nicht erlaubt war an den Parlamentswahlen für den gesamten Sudan teilzunehmen. Dies mündete schließlich im ersten Sezessionskrieg

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UGANDA

LUKAS LAIBLE
MATHIAS KAMP

Oktober 2017

www.kas.de/uganda

von 1955 bis 1972, der über 500.000 Menschenleben forderte und mit der Autonomie des Südens endete (Schröder/Möller 2007). Die Ausrufung des Südens als autonome Region hatte die Schaffung eines eigenen Regionalparlaments, welche mit eigenen Befugnissen ausgestattet war, zur Folge. Diese Zeit des Friedens hielt gerade zehn Jahre an und fand seine Wendung in der Entdeckung großer Erdölressourcen. Obwohl die Ölfelder zu größten Teilen auf dem Gebiet des Südens zu finden sind, wollte der Norden erneut die Oberhand gewinnen und ausschließlich von der neuen Einnahmequelle profitieren. Die durch den Norden betriebene Förderung des Erdöls führte zu neuen Spannungen. Förderung, Abtransport und Verkauf waren allesamt in der Hand des Nordens. Dieser wirtschaftlichen Ausbeutung wollte sich der Süden nicht ergeben. Es kam hinzu, dass der Norden immer mehr zu einem islamisch geprägten Staat wurde. Diese Entwicklung gipfelte in der Einführung der Scharia (Peters 2008: S.157). Sperrspitze des Widerstandes wurde John Garang, welcher die *Sudanesische Volksbefreiungsbewegung* anführte. In Folge dessen kam es zum Ausbruch des zweiten Sezessionskrieges zwischen beiden Regionen im Jahre 1983. Die von John Garang angeführte Befreiungsarmee führte einen brutalen und menschenverachtenden Kampf gegen die Truppen des Nordens, welche große Teile des Südens militärisch kontrollierten. Es gelang ihnen fast die Kontrolle über den gesamten Süden zu erlangen. Dieser Krieg endete erst im Jahr 2005 durch internationalen Druck (Tull 2005: S.1). Nachdem der neue Machthaber des Nordens, Umar Hasan Ahmad al-Baschir, die Autonomie des Südens im Jahre 2000 komplett zurücknehmen wollte, erlangte der Konflikt internationale Aufmerksamkeit. Besonders die USA intervenierten und erzwangen, durch die Verhängung von Sanktionen, neue Friedensgespräche. Diese fanden ihren Abschluss im *Friedensvertrag von Naivasha* im Jahre 2005 (Tull 2005: S.1). Neben einer Waffenruhe und einer gerechten Beteiligung des Südens an der politischen Partizipation – dem Süden standen quotengerecht Sitze im Parlament zu, wie auch die Position des gesamtsudanesischen Vizepräsidenten – wurde auch ein Unabhängigkeitsreferendum

im Süden des Sudans für das Jahr 2011 vereinbart (Tull 2005: S.4). John Garang wurde zum ersten Südsudanese im Amt des Vizepräsidenten des noch vereinten Sudans. Trotz starker Strömungen innerhalb der Bevölkerung des Südens, wollte Garang eine Unabhängigkeit verhindern und stattdessen weitergehende Rechte innerhalb eines vereinten Sudans erreichen. Mit seinem Tod im Jahre 2005 kippte die Stimmung jedoch gänzlich. Der neue Vizepräsident und Chef der Sudanesischen Volksbefreiungsarmee wurde Salva Kiir Mayardt, welcher eine Loslösung des Südens anstrebte. Die weitgehende politische Stabilität ermöglichte es, dass vom 09.01 bis 15.01.2011 ein Referendum über die Unabhängigkeit des Südsudans stattfinden konnte. Mit einer überwältigenden Mehrheit von 99% votierten die Südsudanese für eine Abspaltung. Am 09. Juli 2011, nachdem auch der Präsident des Sudans al Baschir das Ergebnis für rechtens erklärt hatte, rief der Südsudan für sein Staatsgebiet einen unabhängigen und souveränen Staat aus (Shankleman 2011: S.1). Mit der Aufnahme in die Vereinten Nationen am 14. Juli 2011 wurde der Südsudan offizieller Staat und das jüngste Mitglied der Weltgemeinschaft (Welthungerhilfe 2017: S.1). Hat sich am Status des Landes seit der Loslösung nichts geändert, gab es in der Sicherheitsarchitektur und in der wirtschaftlichen-, politischen- wie gesellschaftlichen Entwicklung massive negative Veränderungen.

Lage heute

Sechs Jahre nach der Unabhängigkeit des Landes muss eine vernichtende Bilanz gezogen werden. War die Versorgungs- und Sicherheitslage, wie oben beschrieben, schon immer unzureichend, hat sich in den vergangenen Jahren eine weitere dramatische Verschlechterung eingestellt. Die gegenwärtige Lage lässt sich als Addition menschengemachter und natürlicher Krisen und Katastrophen beschreiben.

Politisch steht das Land vor dem Abgrund. Die Aussagen politischer Beobachter mehrten sich, dass es sich beim Südsudan inzwischen um einen *failed states* (vgl. hierzu Menkhaus 2004) (Shankleman 2011: S.2-3)

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UGANDA

LUKAS LAIBLE
MATHIAS KAMP

Oktober 2017

www.kas.de/uganda

handelt und er damit in einem Atemzug mit Ländern wie Somalia oder dem Jemen genannt werden muss. Der mit der Unabhängigkeit ins Amt gewählte Präsident Salve Kiir ist auch heute noch mit den Regierungsaufgaben betraut. Er ist Mitglied der Dinka, einer der beiden größten ethnischen Volksgruppen des Landes. Dieser Volksgruppe gehören 35% aller Südsudanesen an. Die Nuer, die zweite große Volksgruppe mit 15% Anteil an der Gesamtbevölkerung, war durch Riek Machar als Vizepräsident ebenfalls an der Regierung beteiligt (Welthungerhilfe 2017: S.1). Bei den geplanten Wahlen 2015, die jedoch nie stattfanden, wollte dieser als Herausforderer Kiirs antreten. Dies und die Angst Kiirs vor einem möglichen Putsch, lösten eine weitreichende politische Krise aus. Ein Aufstand der Nuer innerhalb der Präsidentengarde war Ausgangspunkt landesweiter, ethnisch-motivierter Kämpfe. Ein Bürgerkrieg brach aus. Dinka sollen für mehrere Massaker an den Nuer in der Hauptstadt Juba verantwortlich sein, worauf diese wiederum mit Racheaktionen reagierten. Aus einer zunächst politischen Auseinandersetzung entwickelte sich ein Bürgerkrieg, dessen ethnische Vergiftungen und Gräben unüberwindbar scheinen (Shankleman 2011: S.1). Seit 2011 fielen diesem Krieg schätzungsweise 50.000 Menschen zum Opfer, über drei Millionen Menschen sind auf der Flucht (Welthungerhilfe 2017: S.1). Von den ca. elf Millionen Südsudanesen sind heute ca. zwei Millionen Binnenflüchtlinge und eine Millionen Menschen sind in die Nachbarländer, besonders in den Norden Ugandas, geflüchtet. Der Südsudan sieht sich mit der größten Flüchtlingskrise Afrikas konfrontiert (Dönges 2017: S.1).

Neben diesen politischen Gründen, welche in ihrer Komplexität und Diversität nicht befriedigend abbildbar sind, kommen externe Gründe hinzu. Das vom Bürgerkrieg gebeutelte Land war und ist immer wieder verheerenden Klimakatastrophen ausgesetzt. Dürren, die auch die Nachbarländer Sudan, die Zentralafrikanische Republik oder Äthiopien treffen, haben schwerste Unterernährungen und Hungersnöte zur Folge. Die Welthungerhilfe geht davon aus, dass bei 42% der Bevölkerung eine ausreichende Ernährung

nicht gesichert ist. In einigen Regionen hat die Regierung bereits eine Hungersnot ausgerufen. Bei genauerer Betrachtung gewinnen diese Zahlen nochmals an Dramatik. Über eine Millionen Kinder gelten im Südsudan als unterernährt. Die Vereinten Nationen (UN) sprechen von täglich 20 Hungertoten und mindestens 100.000, welche sich in akuter Lebensgefahr, aufgrund unzureichender Ernährung, befinden (Welthungerhilfe 2017: S.1-2). Es wäre jedoch eine falsche Schlussfolgerung, die kritische Versorgungssituation ausschließlich auf klimatische Einflüsse zu schieben. Es ist im Gegenteil so, dass die Versorgungskrise maßgeblich durch den politisch-motivierten Bürgerkrieg hervorgerufen wird und sich diese Situation durch das Klima zusätzlich weiter verstärkt. Schaut man sich die Zahlen der Armutsforscher an, so manifestiert sich dieses Bild weiter. Laut des Human Development Indexes (HDI) leben 90% aller Südsudanesen unterhalb der nationalen Armutsgrenze. In diesem globale Ranking über die staatliche Entwicklung, belegt der Südsudan den 181. Platz von 188 Ländern (Welthungerhilfe 2017: S.2). Die Vereinten Nationen warnen gar vor der schlimmsten weltweiten Hungerkatastrophe und befürchten, dass der politisch-ethnische Konflikt zu einem Genozid wie in Ruanda 1993 führen könnte (UNOCHA 2016).

Auch wenn die historische Einordnung die heutige Lage teilweise begründen mag, so beantwortet sie nicht die Frage, weshalb sich keine Verbesserung der Lage einstellt. Die Geschichte, gerade das kollektive Gewissen eines Landes, tragen viel zum Fortschritt oder Stillstand bei, unabhängig davon, auf welchem Teil der Erde man sich befindet. Möchte man diese Frage wirklich beantworten, so bedarf es der Einbeziehung interner wie externer Gründe. Im Folgenden setzt sich der Text mit der Frage auseinander, welche Gründe den Stillstand des Südsudans in seiner Entwicklung begründen. Intern richtet sich der Blick hier auf die ökonomische Situation und die wirtschaftliche Infrastruktur des Landes. Die Interessen externe Akteure bezüglich des Südsudans werden ebenfalls betrachtet. Intern wie extern, soviel sei vorweggenommen,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UGANDA

LUKAS LAIBLE
MATHIAS KAMP

Oktober 2017

www.kas.de/uganda

spielt der Kampf um das Öl immer wieder die entscheidende Rolle.

Ökonomische Entwicklungshemmnisse

Schaut man sich die nackten Zahlen des südsudanesischen Wirtschaftspotenzials an, ist man geneigt anzunehmen, dass es einer solch ausgestatteten nationalen Ökonomie prächtig gehen müsste. Da sind zunächst 5,1 Mrd. Barrel gesichertes Erdöl auf südsudanesischem Territorium. Das entspricht der drittgrößten förderbarer Ressource in Subsahara-Afrika. Durch die Unabhängigkeit des Südens, gingen 75% des vormalig gesamten Erdölreserven des Sudans an den Süden über (Lacher 2011: S.7). Der Südsudan ist jedoch nicht nur mit diesen fossilen Ressourcen gesegnet, 90% des Bodens gelten als fruchtbar, die meisten Flächen gar als sehr fruchtbares Agrarland (Lacher 2011: S.7). Somit vereint der Südsudan natürliche Ressourcen, die einem wirtschaftlichen Aufschwung Vorschub leisten müssten. Woran liegt es jedoch, dass eine solche progressive Entwicklung nicht einsetzt?

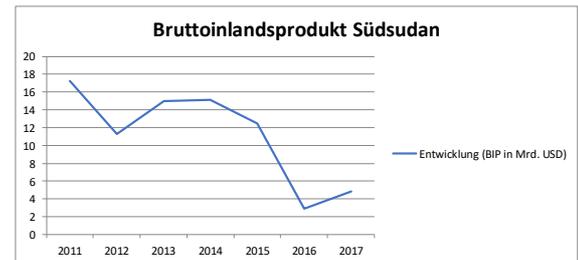
Globale Beispiele haben gezeigt, dass der Fund von Ölreserven Fluch und Segen zugleich sein können. Der Südsudan muss leider als eine der Nationen kategorisiert werden, bei denen der Reichtum an Öl eher Fluch denn Segen bedeutet. Eine selbstgewählte und erzeugte Abhängigkeit spielt dabei eine entscheidende Rolle. So spülten die Einnahmen aus dem Ölgeschäft im Jahre 2011 insgesamt 9,5 Mrd. USD in die Staatskassen (Shankleman 2011: S.11). Diese zunächst segensreiche Summe relativiert sich, wenn man ihren Gesamtanteil an den Staatseinnahmen betrachtet. So bildeten diese Einnahmen einen Anteil von 98% des Gesamthaushaltes (Shankleman 2011: S.11). Diese Zahlen bedürften eigentlich keiner weiteren Erklärungen, welche ausgebildete Abhängigkeit eine solche Einnahmenverteilung erzeugt. Betrachtet man diese detaillierter, wird das wirtschaftsschädigende Konstrukt noch deutlicher. Solange der Ölpreis auf den internationalen Märkten hoch war, konnte sich der Südsudan über üppig gefüllte Staatskassen freuen. Eine nationale Wirtschaft und auch die nationale Politik, können allerdings keinen Einfluss auf

den globalen Ölmarkt nehmen. Mit dem Verfall des Ölpreises im Jahr 2014, kollabierte die südsudanesische Wirtschaft zunehmend. Deutlich wird dies bei der Betrachtung der Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, welches zu einem Großteil durch die Erdöleinnahmen bestimmt ist.

Abb1 (Shankleman 2011: S.2)

Im Jahr 2014 setzte ein massiver Ölpreisverfall ein, hervorgerufen durch eine aggressive Ölexpansionsstrategie der OPEC-Staaten. Der Preis für ein Barrel Öl sank innerhalb eines Jahres von über 100USD auf unter 50USD (Backhaus 2015).

Welche Abhängigkeit der Ölpreis für den südsudanesischen Markt hat, zeigt sich auch daran, dass das BIP um weit mehr als 50% (wie vergleichsweise der Ölpreis) im selben Zeitraum abgesunken ist. Das Bruttoin-



landsprodukt hat innerhalb einer Periode von fünf Jahren über 14 Mrd. Dollar eingebüßt. Eine zweite Abhängigkeit ergibt sich aus Wechselkursschwankungen in Folge der eigenen schwachen Währung im Vergleich zu dem auf dem globalen Erdölmarkt gehandelten US-Dollar. Je stärker der südsudanesischen Pfund verliert, desto weniger kann der Staat aus den Einnahmen Profite generieren. Auch wenn eine ausschweifende Diskussion über Bedingungen und Folgen monetärer Wechselabhängigkeiten ausbleibt, kann hier trotzdem festgehalten werden, dass ein schwaches südsudanesisches Pfund die Abwärtsspirale weiter verstärkt. Im globalen Vergleich gilt der Südsudan heute als das ökonomisch am stärksten von Erdölexporten abhängige Land der Erde. Eine Abfederung dieser Entwicklung durch die übrigen 2% der Haushaltseinnahmen kann selbstverständlich nicht erwartet werden. Es bleibt die Frage, warum der Agrarsektor keine bedeutende

UGANDA

LUKAS LAIBLE
MATHIAS KAMP

Oktober 2017

www.kas.de/uganda

Rolle in einer ökonomisch-progressiven Entwicklung spielt. Immerhin partizipiert der Agrarsektor mit 15% am Bruttoinlandsprodukt des Landes mit. Auch hier liegen die Probleme im strukturellen Aufbau. Die folgende Abbildung zeigt das BIP des Südsudans im Jahre 2015, aufgegliedert nach Wirtschaftssektoren.

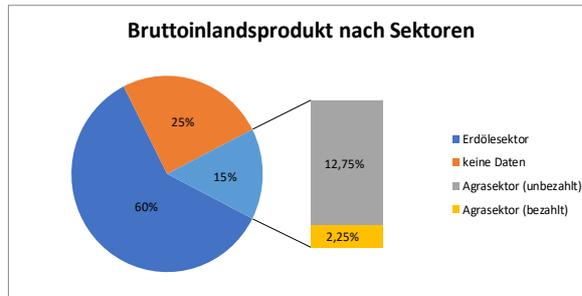


Abb2 (Welthungerhilfe 2017)

Die eingangs beschriebene positiven Bedingungen des südsudanesischen Ackerlandes, werden durch die wirtschaftliche Nutzung konterkariert. Nur 1-2% des vorhandenen Grundes wird überhaupt bewirtschaftet (Lacher 2011: S.8). Dies bedeutet, dass über 98% des eigentlich ertragreichen Bodens nicht genutzt werden. Die Bewirtschaftung erreicht darüber hinaus auch nicht die erwarteten Effekte. 85% aller Südsudanesen im Agrarsektor leben von Subsistenzwirtschaft (Lacher 2011: S.8). Dies bedeutet, dass sie nur für den eigenen Bedarf wirtschaften. Es werden keine vermarktbar Überschüsse produziert. Dies hat zur Folge, dass diese Menschen unbezahlter Arbeit nachgehen. Die oben erwähnte Versorgungslage zeigt außerdem, dass diese Selbstversorgung nicht zur Ernährungssicherheit beiträgt. Warum bleibt ein verändertes Marktverhalten des Agrarsektors aus, obwohl die Bedingungen einer Weiterentwicklung durchaus gewährleisten wären. Diesem Verhalten liegen mehrere Faktoren zugrunde.

So fehlt es den Menschen an Anreizen, ihr Marktverhalten zu verändern. 50-60% der in diesem Bereich Tätigen, leben von der Viehzucht (Lacher 2011: S.8). Historisch werden die Tiere jedoch nicht als ökonomische Waren, sondern als Überlebenssicherung gesehen. Eine abschöpfungsorientierte Handhabung bleibt aus. Diesen fehlenden

Anreizen liegen wiederum eine verfehlte Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik zugrunde. Fand auch im Südsudan in den letzten Jahren eine Urbanisierung statt, leben noch immer 84% aller Südsudanesen auf dem Land (Lacher 2011: S.7). Einen wirklichen Marktzugang gibt es jedoch nur in der Hauptstadt Juba. Um hieran partizipieren zu können, muss eine Warenzirkulation gewährleistet sein. Der Südsudan ist jedoch ein weitgehend unerschlossenes Land. Selbst wenn der ländliche Agrarsektor Überschusswaren produzierte, würden diese keinen Zugang zu den Märkten finden. Der Südsudan weißt insgesamt ein Verkehrsnetz von nur 10.000km asphaltierter Straßen auf. Von diesen sind überhaupt nur 2.500km ganzjährig, also auch in der Regenzeit, befahrbar (Lacher 2011: S.8-9). Dieses Netz wiederum beschränkt sich hauptsächlich auf die Hauptstadt Juba, sowie eine Straße ins benachbarte Uganda. Vergleicht man diese beispielsweise mit dem deutlich kleineren Nachbarland Uganda, wird die Unterentwicklung noch deutlicher. Hier ist ein asphaltiertes Straßennetz von ca. 30.000km vorhanden, welches jedoch ganzjährig genutzt werden kann. Es sind somit faktisch keine Transportwege innerhalb des Südsudans vorhanden, welche die produzierenden Regionen mit den wichtigen Märkten verbinden. Auch einer Verbesserung der Transportwege ist nicht abzusehen. Aufgrund der oben genannten Abhängigkeit und der Bedingung, dass es im Südsudan keine nennenswerte produzierende Industrie gibt, müssen alle für den Ausbau des Netzes benötigte Rohstoffe importiert werden. So kostet ein Kilometer Straßenbau ca. 1,6 Millionen Dollar. Dieser Summe liegt etwa 60% über dem afrikanischen Durchschnitt (Lacher 2011: S.8). Selbst die in diesem Sektor engagierten Hilfsorganisationen kapitulieren vor diesen Unwägbarkeiten. Weitere Folgen dieser katastrophalen Infrastruktur sind daraus entstehende Sicherheitsdefizite. Sicherheit kann im Südsudan selbst in der Hauptstadt kaum garantiert werden. Die Situation auf dem unzugänglichen Land ist gleichwohl noch prekärer. So ist die produzierende Landbevölkerung weder vor Viehdiebstählen noch vor sogenanntem „land-grapping“ (Landraub) geschützt. Investitionen und In-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UGANDA

LUKAS LAIBLE
MATHIAS KAMP

Oktober 2017

www.kas.de/uganda

novationen können in einem solch unsicheren Umfeld folglich nicht erwartet werden.

Diese Ausführungen lassen zwei Schlussfolgerungen zu. Die Abhängigkeit der südsudanesischen Wirtschaft von den Einnahmen des Erdölexportes muss deutlich verringert werden. Darüber hinaus muss eine nachhaltige und effektive Infrastruktur geschaffen werden, die eine wirkliche Güterzirkulation erlaubt. Beides ist nur zu erreichen, in dem eine Transformation der Wirtschaft vorgenommen wird. Es bedarf einer Stärkung des Agrarsektors und eines Aufbaus eines, bis heute nicht vorhanden, Industriesektors. Nur so kann eine bezahlbare Infrastruktur geschaffen werden und ein, neben dem Ölsektor, einträglicher Wirtschaftszweig entstehen. Diese Veränderungen werden auch gestützt von theoretischen Grundüberzeugungen. Die Entwicklung eines Entwicklungslandes durchläuft drei Stufen. So muss zunächst eine Agrargesellschaft entstehen, woraus sich eine Industriegesellschaft und letztlich eine Servicegesellschaft entwickelt (sogenanntes Rostow Modell vgl. Rostow 1990: S.10-16). Der Südsudan hat gegenwärtig selbst die erste Stufe nicht erreicht. Die Einnahmen des Ölgeschäftes konnten dies lange verdecken, doch mit dem Ende des hohen Ölpreises, war auch die künstliche Aufrechterhaltung der Wirtschaft zu Ende. Eine Weiterentwicklung der Wirtschaft ist gegenwärtig kaum vorstellbar.

Stellvertreterkonflikt als Hemmnis

Schaut man sich die Krisen und Kriege dieser Welt an, so gelangt man sehr häufig zu der Erkenntnis, dass externe Akteure gewisse Interessen innerhalb eines internen nationalen Konfliktes vertreten. Häufig ist dann die Rede von Stellvertreterkonflikten oder -kriegen. Aktuell lässt sich dies sowohl im Jemen wie auch in Syrien beobachten (UNDP 2009: S.92). Dort kämpfen Militärkoalitionen gegen andere Militärkoalitionen. So stehen sich in Syrien am Ende hauptsächlich die USA und Russland gegenüber, ausgetragen innerhalb eines Bürgerkriegs, der auf nationalen Gründen fußt. Ein wenig anders gelagert ist der Fall dagegen im Südsudan. Der hier stattfindende Bürgerkrieg ist kein bewaffneter Kampf zwischen

Weltmächten. Es ist vielmehr ein Konflikt um Einfluss. Eine Begründung für den Stillstand des ostafrikanischen Landes, bietet dieser Konflikt nichtsdestotrotz. So befeuert dieser externe Konflikt die Krise des Landes nicht zwingend, er verhindert jedoch eine Verbesserung der Situation. Solange der Südsudan schwach und auf externe Akteure angewiesen bleibt, können diese ihre ganz unterschiedlichen Interessen weiter verfolgen. Klingen die Interessen zunächst unterschiedlich, stellt sich bei genauerer Betrachtung heraus, dass die Ursprünge der Interessen sehr ähnlich sind.

Drei große externe Akteure mit eigenen Interessen sind aktuell im Südsudan auszumachen. Das ist neben dem Nachbarn und ehemaligen Mitstaat Sudan, die Vereinigten Staaten von Amerika sowie die Volksrepublik China.

Der Sudan, der sich auch heute gerne noch als großen Bruder des Südens sieht, verlor mit der Unabhängigkeit des Südens 75% seiner Erdölreserven. Dieser herbe Verlust versucht der Norden durch einen geographischen Nachteil des Südens abzufedern. Der Südsudan ist ein Binnenstaat und somit ohne eigenen Zugang zu einem, für den Export des gewonnenen Erdöls überlebenswichtigen, Hafen. Das gewonnene Öl wird über eine Pipeline durch den Norden des Sudans in deren Hafenstadt Port Sudan geliefert. Der Süden kann sich folglich nicht aus dieser ökonomischen Abhängigkeit befreien. Als der Bürgerkrieg ausbrach, bot der Sudan dem Süden den bewaffneten Schutz seiner Ölfelder an. Dies lehnte die Regierung von Salva Kiir jedoch ab, um die Einflussphäre des Nordens nicht noch weiter auszudehnen (Schumann 2017). Die Interessen des Nordens sind auch dadurch geprägt, da es, trotz Vereinbarung im Friedensvertrag, noch keine Lösung der Gewinnbeteiligung des Nordens an den südsudanesischen Erdölerlösen gibt (Lacher 2011: S.11). Seine Macht demonstriert der Norden immer wieder, indem er entweder die Pipeline kappt und so den Abtransport des Öles verhindert, oder durch die illegale Entnahme des Öles aus der Pipeline. Beides hat massiven Einfluss auf die südsudanesische Wirtschaft (Lacher 2011: S.12). Ein Staats-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UGANDA

LUKAS LAIBLE
MATHIAS KAMP

Oktober 2017

www.kas.de/uganda

haushalt der, wie oben beschrieben, nahezu nur von den Öleinnahmen finanziert ist, gerät hierdurch immer wieder unter großen Druck. Dem Norden ist folglich auch daran gelegen, die Situation im Süden möglichst instabil zu halten. Sollte sich die südsudanesische Wirtschaft emanzipieren und eine geplante neue Pipeline tatsächlich gebaut werden, würde der Norden nahezu gänzlich um seine Interessen im Süden beraubt. Eine solche neue Pipeline verlief von den südsudanesischen Ölfeldern entweder über die Zentralafrikanische Republik an die kamerunische Atlantikküste oder über Äthiopien nach Dschibuti. Beide neuen Pipelines würden die Unabhängigkeit des Südens stärken. Ein Interesse daran kann der Norden nicht haben.

Mag die Einmischung des Sudans für den Süden gerade historisch und emotional am Schwerwiegendsten sein, so sind die Interessen Chinas und der USA weitreichender und besonders auch egozentrischer. Lässt sich das chinesische Interesse gänzlich auf ökonomische Interessen reduzieren, versuchen die USA zumindest moralische Gründe anzuführen. Diese wirken jedoch schnell fade-scheinig. Es bleibt ein Kampf um Einfluss zwischen den USA und China.

In den 1980er Jahren unterstützte die USA massiv die gesamtsudanesischen Regierung in Khartum. Diese Unterstützung setzte zu einer Zeit ein, in der auf sudanesischem Territorium Erdöl gefunden wurde. Mit dem aufkeimenden Konflikt zwischen Nord und Süd, wandelte sich die Unterstützung zunehmend in Richtung des Südens, auf dessen Gebiet bekanntermaßen 75% der Reserven vorzufinden sind. Immer stärker intervenierten die USA und verhängten schließlich Sanktionen gegen den Norden, um diesen zu einer Zustimmung zur Abspaltung des Südens zu bewegen (Shankleman 2011: S.11). Diese Sanktionen hatten zur Folge, dass US-amerikanische Firmen bei der Vergabe von Förderkonzessionen durch die sudanesischen Regierung nicht bedacht wurden. Bei der staatlich gegründeten Erdölfirma GPOC (*Greater Nile Petroleum Operating Company*) erhielt hauptanteilmäßig China die Förderrechte. Weitere beteiligte Staatsunternehmen kamen und kommen

aus Indien und Malaysia. Die USA wurden gänzlich aus dem Ölgeschäft ferngehalten (Shankleman 2011: S.6). So entwickelten sich auf amerikanischer Seite neue Motive. Ein genereller Einflussverlust sollte um jeden Preis vermieden werden. So entstand eine auf religiöse Motive gestützte Interessensrechtfertigung. Im historischen Teil wurde bereits beschrieben, dass die Islamisierung des Sudans so weit vorangeschritten war, dass die Scharia als Rechtsinstrument eingeführt wurde. Die im Süden lebenden Sudanesen dagegen gehören entweder Naturreligionen oder dem Christentum an. Diese unterschiedliche religiöse Orientierung dient den USA als Rechtfertigung für ihre Unterstützung des Südens. Der US-Senat formulierte es gar als „*Unterstützung unserer südsudanesischen Glaubensbrüder*“ (Dieterich 2011). Schaut man jedoch ein wenig unter diese vordergründige Erklärung, werden machtpolitische Erwägungen sichtbar. Die Einflussosphäre Chinas durch deren massive ökonomische Partizipation und die Unterstützung Russlands für die sudanesischen Regierung in Khartum, bereiten den USA zunehmend Sorgen. Gerade geopolitisch ist der Südsudan ein wichtiges Teilstück ihrer Afrikapolitik (vgl. hierzu van de Walle 2009). Eine Emanzipation des Südsudans von den USA würde diesen Einfluss schmälern. Auch bleibt die Frage unbeantwortet, wie die USA ihre Nichtbeachtung bei den Förderkonzessionen bewerten. Dieser Frage nimmt sich dieser Text nicht an, da es sich hierbei um reine Spekulationen handelt. Festzuhalten bleibt dennoch, dass die USA besonders moralische, sowie macht- und geopolitische Gründe haben, um ihren Einfluss im Südsudan möglichst nicht zu verlieren. Zumindest ist auffällig, dass trotz angeführter Verbundenheit beider Länder, die USA keine wirklichen Anstrengungen unternimmt, um dem am Boden liegenden Land zu helfen. Warum eine progressive und lebensverbessernde Entwicklung des Südsudans nicht vorangetrieben wird, bleibt in den Tiefen amerikanischer Außenpolitik verborgen. Festgehalten werden kann nur, dass es solche Bestrebungen weder gab noch gibt.

Weniger vielschichtig und verworren sind dagegen die Interessen der Volksrepublik

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UGANDA

LUKAS LAIBLE
MATHIAS KAMP

Oktober 2017

www.kas.de/uganda

China im Südsudan. Seit 1992 beteiligt sich die Volksrepublik an Einsetzen der UN. Jedoch wurden nie bewaffnete Truppen in eine Mission entsandt. Dies änderte sich jedoch im Jahr 2013. China entsandte erstmals und bis heute einmalig bewaffnete Soldaten in den Südsudan, um die UNMISS (United Nation Mission South Sudan) zu unterstützen (UNMISS 2017). Ausschließlich zur Sicherung des Friedens und zur Unterstützung der UN-Mission, wie die chinesische Regierung ausdrücklich versichert. An den tatsächlichen Zielen des Einsatzes bestehen jedoch wenig Zweifel. 80% des im Südsudan geförderten Öls werden nach China exportiert. Die CNPC (China National Petroleum Corporation) hält bis heute 40% der Förderkonzessionen an den Reserven auf südsudanesischem Gebiet (Shankleman 2011: S.5). Die Ölfelder wie auch die Pipeline sind hochgefährdete Ziele für mögliche terroristische Angriffe. So liest sich auch die Zielsetzung der chinesischen Beteiligung in einem anderen Licht. Diese erlaubt es ihr auch mit Waffengewalt, die von ihr bewachten Ölfelder und die Pipeline zu schützen (UNMISS 2017). Die Tatsachen sprechen eine deutliche Sprache. Die Chinesen benutzen die UN-Mission hauptsächlich dafür, ihre eigenen ökonomischen Interessen innerhalb des Südsudans zu verteidigen. Dies wird noch deutlicher, betrachtet man den Erdölbedarf Chinas. Immerhin 5% der in China verbrauchten Ölmenge stammen aus dem Südsudan. Für eine im globalen Vergleich eher kleine Fördermenge ist dies beachtlich. Der Bedarf ist in der Volksrepublik inzwischen so stark angestiegen, dass 60% des Öls importiert werden müssen (Shankleman 2011: S.3). Nach massiven Importausfällen aus Afrika, aufgrund von nationalen Konflikten wie in Libyen oder Ägypten, ist China sehr darauf bedacht, nicht auch noch den Exporteur Südsudan zu verlieren (Shankleman 2011: S.15). Ist es jedoch der tiefere Sinn einer UN-Mission, nationale Interessen durchzusetzen? Es stellt die gesamte Mission in Frage oder erzeugt zumindest Misskredit. Im Gegensatz zu den davor ausgeführten Fällen lässt sich zumindest ein Unterschied festhalten. China strebt zumindest eine bedingte Stabilität des Südsudans an. Auch hier muss jedoch stark differenziert werden. Die ausschließli-

che Sicherung der Ölförderinfrastruktur trägt nicht zu einer gesamtstaatlichen Stabilisierung des Südsudans bei.

Alle drei Akteure führen auf südsudanesischem Boden einen Kampf um Macht und Einfluss aus. Duellieren sich die USA und China um die geopolitische Vorherrschaft, geht es dem Sudan eher um die Aufrechterhaltung seiner Einflussosphäre innerhalb seines südlichen Nachbarlandes. Was alle eint ist ein egozentrisches Verhalten, welches die nationalen Interessen des Südsudans wenig bis gar nicht beachtet. Es ist eine Auseinandersetzung die den Südsudan zu zermürben droht, da der Staat selbst keine Mittel aufbringen kann, diesen Stellvertreterkonflikt zu bändigen oder aus dem Land zu vertreiben. Er ist sowohl auf die Erdölabbaunahmen Chinas angewiesen, wie auch auf die Unterstützung der USA. Eine Verbanung des sudanesischen Einflusses ist schon geographisch nicht möglich.

Schlussfolgerung

Der Südsudan steht vor schwierigen Aufgaben. Sowohl ökonomisch wie auch politisch ist aktuell nicht abzusehen, dass sich eine wirkliche Verbesserung abzeichnet. Potenzielle Lösungen dieser Probleme sind nichtsdestotrotz vorhanden. Die hier im Text in Einzelteile seziierten Lösungsansätze werden jedoch niemals greifen und Verbesserungen bringen, solange der Südsudan politisch und gesellschaftlich schwach bleibt. Erst mit der erfolgreichen, nachhaltigen und zielführenden Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols ließen sich Veränderungen erreichen. Der Südsudan muss zunächst die Kontrolle über sich selbst zurückerlangen, bevor die vorhandenen Möglichkeiten und Potenziale genutzt werden können. Wie eine solche politische Stabilisierung und eine daraus entstehende Stärke des Staates gelingen kann, steht auf einem anderen Blatt. So bleiben nicht nur die Ressourcen des Landes weiter ungenutzt, sondern die Menschen werden weiter unter unwürdigen Bedingungen zu leben haben und sich den Wirren eines zermürbenden und verachtenden Bürgerkriegs ausgeliefert sehen.

UGANDA

LUKAS LAIBLE
MATHIAS KAMP

Oktober 2017

www.kas.de/uganda

Quellen

- Backhaus, Desirée 2015: Fünf Antworten zum Ölpreisverfall – CFOs senken Hedging-Quote. In: Finace-Magazine vom 22.01.2015. FRANKFURT BUSINESS MEDIA GmbH. Frankfurt.
- Chapin Metz, Helen 1991: Sudan: A Country Study. GPO for the Library of Congress, Washington.
- Hannah Dönges 2017: Südsudan: Peacekeeping am Limit - Grenzen des Schutzes von Zivilisten durch die VN-Friedensmission. In: SWP-Aktuell 9 , Stiftung Wissenschaft und Politik. Berlin.
- Johannes, Dieterich 2011: Zwei religiöse Welten im Südsudan. In: Frankfurter Rundschau. 9. Januar 2011, abgerufen am 04. August 2017.
- Lacher, Wolfram 2011: Staatsaufbau im Südsudan – Rahmenbedingungen, Erfolgsaussichten und Grenzen internationalen Statebuildings. In: SWP-Studien August 2011, Stiftung Wissenschaft und Politik. Berlin.
- Menkhaus Ken 2004: Somalia: State Collapse and the Threat of Terrorism. Adelphi Papers, Oxford.
- Peters, Marina 2008: Zur Rolle der Religionen. In: Bernhard Chiari (Hrsg.): Wegweiser zur Geschichte. Sudan. Paderborn.
- Rostow Whitman, Walt 1990: The stages of economic growth: a non-communist manifesto. 3. Auflage. Cambridge University Press. Cambridge.
- Schröder, Siegfried / Möller, Bernd 2007: Erster Sudanesischer Bürgerkrieg. Universität Hamburg, Webarchiv Memento.
- Schumann, Peter 2017: Interview mit Die Welt vom 09.Juli 2017.
- Shankleman ,Jill 2011: Oil ans State Building in South Sudan – New Country, Old Industry. In: Special Report. United States Institute of Peace. Washington.
- Tull, Denis 2005: Sudan after the Naivasha Peace Arrangement – No Champagne yet. In: SWP Kommentare 2005, Stiftung Wissenschaft und Politik. Berlin.
- UNDP 2009: United Nations Development Program - Arab Human Development Report 2009. New York.
- UNMISS 2017: Contributors to UN Peacekeeping Operations by Country and Post - Police, UN Military Experts on Mission, Staff Officers and Troops 30/06/2017. UN Factsheet. New York.
- UNOCHA 2016: South Sudan Humanitarian Bulletin. In: WFP Situation Report #154. New York.
- van de Walle, Nicolas 2009: US-Afrikapolitik: Bushs Vermächtnis und die Regierung Obama. In: GIGA Focus Afrika 5/2009. German Institute of Global and Area Studies. Hamburg.
- Welthungerhilfe 2017: Welthungerhilfe in: Südsudan. Deutsche Welthungerhilfe e.V. Bonn.